

AntragstellerIn:

FB Chemie / Juso HSG #1 / FB Kulturanthropologie

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

sich mit der Mitte Juli erfolgenden Veröffentlichung der Prüfungsmitteilung „Finanzierung der Studierendenwerke“ des Rechnungshofs Baden-Württemberg vom 09. April 2018 (Az.: I 1409Q00200-1301.14 und I 1409Q00200-1301.15) gegen die darin formulierten Empfehlungen und finanziellen Kürzungen auszusprechen.

Die Umsetzung der Empfehlungen hätte unter anderem zur Folge, dass die Kosten für Wohnheimsplätze und psychosoziale Beratung erhöht, die BAföG-Verwaltung zentralisiert, dauerdefizitäre Betriebe des SWFR, etwa im Kulturbereich, geschlossen und Studierendenwerke zusammengelegt würden.

Begründung:

In der StuRa-Sitzung vom 12. Juni 2018 ist in der Tischvorlage des Berichts aus der SWFR-Vertretungsversammlung über die Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes berichtet worden. Diese Mitteilung sieht Kürzungen in Höhe von etwa 68 % vor. Wenn der Landesrechnungshof diese Prüfungsmitteilung Mitte Juli veröffentlichen wird, gehen die Empfehlungen direkt an die zuständigen Landtagsabgeordneten und die Landesregierung. In der Regel folgen die Landesministerien diesen Empfehlungen, was schwerwiegende Konsequenzen für die Studierenden in Freiburg und ganz Baden-Württemberg hätte.

Quellen:

*Telefonische Anfrage an den Pressesprecher des Landesrechnungshofes BW;
Stellungnahme des Deutschen Studentenwerkes zum Landesrechnungshof Baden-Württemberg vom 24. Mai 2018, abrufbar unter:*

*<https://www.studentenwerke.de/de/content/stellungnahme-zum-landesrechnungshof-baden>
(17.06.2018);*

Bericht der SWFR-Vertretungsversammlung in der StuRa-Sitzung vom 12. Juni 2018, abrufbar unter: [http://www.stura.uni-](http://www.stura.uni-freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/sose18/stura_protokoll_12_06_2018/anhang_12_06_2018/view)

[freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/sose18/stura_protokoll_12_06_2018/anhang_12_06_2018/view](http://www.stura.uni-freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/sose18/stura_protokoll_12_06_2018/anhang_12_06_2018/view) (17.06.2018).

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).